

Was ist gemeint mit dem Begriff vom „Umbau des Sozialstaates“? Ein Leitbild steigt ab

Von Georg Fülberth

Dem Begriff Sozialstaat geht es heute so wie der Demokratie in der Weimarer Republik: Es will ihn keiner mehr.

„Deine Sprache verrät dich.“ Der Satz steht im Matthäus-Evangelium und brachte Simon Petrus in Bedrängnis. In einer schwachen Stunde wollte er lieber nicht zu den Jüngern gehören, denn er fürchtete Verhaftung. Das Leugnen half ihm nicht viel. Die philologische Fahndungsmethode orientierte sich zwar vordegründig nur an seinem Dialekt: er sei ein Galiläer (Lukas 22, Vers 59). Aber an seiner Sprache erkannte man auch, dass er in der falschen Partei war.

Diese Zeiten, in denen man weltanschauliche Richtungen nach den Begriffen sortieren konnte, die ihre Vertreter benutzten, sind heute vorbei, aber noch nicht sehr lange.

Im Kaiserreich war der Terminus „Republik“ ein Sakrileg. Wer sich zu ihr bekannte, gehörte zu den Staatsfeinden.

Nach 1918 war das nicht viel anders. Die Demokratie war in der Weimarer Republik kein Konsens-, sondern ein Kampfbegriff einer Minderheit. Für die konservative Mehrheit ist sie ein Schimpfwort gewesen. Am Ende benannte die Deutsche Demokratische Partei sich sicherheitshalber um: in „Deutsche Staatspartei“.

Ab 1945 wurde das anders. CDU, FDP und SPD führen die Demokratie als Adjektiv im Namen. Als 1964 ehemalige Nazis wieder eine eigene Partei haben wollten, nannten sie sie (national)demokratisch.

Allerdings handelte es sich bei der Rehabilitierung der Demokratie nicht um ein Bekenntnis, sondern um eine Beschwörung, die einen drohenden Unterton hatte. Am lautesten wurde er in einer neuen Wortschöpfung: Freiheitliche Demokratische Grundordnung. Sie steht im Grundgesetz und rechtfertigt Sanktionen gegen Vereine, Personen und Parteien, die – angeblich oder tatsächlich – nicht fest genug auf ihrem Boden stehen. Damit war der Konsensbegriff doch wieder zu einem Kampfbegriff geworden. Die Stigmatisierung traf jetzt nicht die Demokratie, sondern ging von ihr aus: einst war es opportun, kein Demokrat zu sein. Jetzt ist es umgekehrt.

Darf ein Begriff einerseits nicht mehr in Frage gestellt werden, existieren andererseits gesellschaftliche Gegensätze weiter, dann werden diese sozusagen in seinem Inneren ausgetragen. Der Demokratie passierte das vermehrt seit der Studentenbewegung. Jetzt wurde die Frage gestellt, wer sie authentisch

interpretiere: die Konservativen mit ihrem auf den Staat beschränkten Zugeständnis einer Elitenauslese durch Wahl oder die Radikalen, die das Prinzip Demokratie auch in der Gesellschaft und in Subsystemen gelten lassen wollten, zum Beispiel in Betrieben und Universitäten.

Ebenfalls konsensual und zugleich kontrovers ist der Begriff Sozialstaat. Er steht sogar irgendwie im Grundgesetz und gehört damit zum Eisernen Bestand: die BRD sei ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Doch schon Anfang der fünfziger Jahre wurde da-

lehntes Prinzip wie die Demokratie in Kaiserreich und Weimarer Republik.

Da steigt also ein Leitbild ab, und ein etwas kümmerlicher Ersatz ist im Kommen: der Schlanke und Aktivierende Staat. In seinem Zeichen wird gerade eine zunächst kontroverse Losung konsensual und letztlich neoliberal eingemeindet: das Bürgergeld. Hinter dem Wort verbirgt sich eine ganze Ziehharmonika miteinander unvereinbarer Wünsche: von der Zurückschüttung der bisherigen Sozialsysteme auf ein steuerfinanziertes Almosen bis zu alt-skandinavischen Verhältnissen, die aber – Stichwort Wohlfahrtsstaat – im gleichen Atemzug für utopisch erklärt werden.

Die Konsens-Linguistik hat seit langem auch schon einen Begriff aufgesaugt, der ursprünglich von links kam: Zivilgesellschaft. Als der italienische Kommunist Gramsci sie zu beschreiben versuchte, meinte er ein umkämpftes institutionelles Feld im Bereich zwischen Staat und Ökonomie, das erobern müsse, wer herrschen will. Dies ist kein angenehmer Ort (der Urheber sprach sogar von „Kasematten“). Längst aber ist er verniedlicht worden: Zivilgesellschaft ist kein Kampfplatz mehr, sondern (in Rückgriff auf ältere angelsächsische Werte) eine Art lieblicher Szene, der die Zumutungen von Staat und Kapital nichts anhaben sollen. Von da aus führt der Weg zur Bürgergesellschaft – einem Begriff, mit dem sich ja auch allerlei verknüpfen lässt, insbesondere dann, wenn man Bourgeois und Citoyen nicht unterscheiden will und sich nicht fragt, ob der eine ohne den anderen zu haben ist.

Jetzt stellen wir uns zur Abwechslung einmal vor, ein ungeschlechter Mensch träte auf und behauptete: Demokratie gebe es gerade mal so viel, wir für das Kapital gut ist. Der Sozialstaat sei ein Palliativ für die Ausbeutung. Das Bürgergeld werde bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen auf einen Bluff hinauslaufen. Zivilgesellschaft sei Klassenkampf.

Man wird ihm widersprechen und ihn zu widerlegen versuchen. Wenn er kein Schwadronneur ist, sondern klug, wird er seine Thesen begründen und differenzieren, bis sie genau genug sind. Mehrheitsfähig wird der Grobian wohl nicht werden. Doch würde er wenigstens gehört, dann stünde neben dem Wörterbuch der öden politischen Einheitssprache ein zweiter – wenngleich schmaler – Band im Regal. Dort kann man nachschlagen, wenn man wissen möchte, was der andere Wälzer uns in Wirklichkeit sagen will und soll.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der „Frankfurter Rundschau“.

Georg Fülberth ist Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg.



rüber gestritten, was das bedeuten solle. Für den Konservativen Ernst Forsthoff deckte der Begriff „Sozialstaat“ gerade mal ein korrektes Verwaltungshandeln und ein bisschen Fürsorge; bei Wolfgang Abendroth hatte er etwas mit nicht nur politischer, sondern auch gesellschaftlicher Gleichheit zu tun.

Heute wird der Sozialstaat von allen für ein hohes Gut erklärt, die ihn zugleich ein bisschen abschaffen, auf jeden Fall aber einschränken wollen. Er müsse gerettet werden, indem man ihn „umbaue“. Auch dieser Satz ist heute Konsens. Größere Klarheit bekommt man, wenn man sich in das Innere der Worthülle begibt und nachsieht, was dort vorgeht. Es zeigt sich, dass die Entkernung des Sozialstaats einen neuen Negativbegriff freigesetzt hat, der das bezeichnet, was fast niemand mehr will: einen Wohlfahrtsstaat. Er steht in ähnlicher Weise für ein fast allgemein abge-